

---

## Arbeiterinteressen und Steuerprinzipien.

Berlin, 8. Februar 1916.

Der vor acht Tagen veröffentlichte Artikel „Keine Selbst-ausschaltung!“ hat die „Leipziger Volkszeitung“ in Nr. 28 zu einer Entgegnung bewogen. Sie ist mit der an unsere Reichstagsfraktion gerichteten Mahnung, sich bei der bevorstehenden Steuerberatung nicht auf bloße Kritik zu beschränken, sondern an der Lösung der drängenden Steuerfragen mitzuarbeiten, damit nicht den bürgerlichen Parteien allein die Neugestaltung der Steuerverhältnisse nach ihrem Belieben und Ermessen überlassen bleibt, wenig zufrieden. Zwar vermag sie nicht zu bestreiten — und versucht es auch gar nicht — daß durch eine solche Mitbeteiligung das wirtschaftliche Interesse der Arbeiterklasse am besten gewahrt wird; aber nach der Ansicht der „Leipziger Volkszeitung“ bedeutet das Bestreben, sich bei der Steuergesetzgebung nicht ausschalten zu lassen, einen „Abbruch“ sozialdemokratischer Grundsätze. Nachdem sie verschiedene Absätze meines Artikels zitiert hat, wendet sie sich gegen diese mit folgender Schlußfolgerung:

Das also ist des Pudels Kern! Es soll für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Brücke gebaut werden, damit sie die Durchhaltepolitik auch in der am 15. März beginnenden Reichstagsession fortsetzen kann, damit sie ein Kompromiß in der Steuerfrage zustande bringen kann, das ihr erlaubt, in der Gesellschaft der bürgerlichen Parteien zu verbleiben und also die Errungenschaften der Politik vom 4. August vor Schädigung zu bewahren. Der Preis soll die Zustimmung zu indirekten, zu Verkehrssteuern sein, die die Partei bisher stets als eine Schädigung von Handel und Industrie und damit als eine indirekte Schädigung der Arbeiter — auch wenn sie zunächst „die Arbeiter gar nicht treffen — entschieden und grundsätzlich abgelehnt hat, insbesondere auch deshalb, weil jede Bewilligung einer indirekten Steuer ihrer grundsätzlichen Forderung nach Aufbau der Reichseinnahmen auf direkte Steuern in den Weg tritt. Einow will das umstoßen, er will das Umlernen auch auf das Steuergebiet übertragen, damit sich die Sozialdemokratie nicht selbst ausschalte.

Ganz richtig: ich befürworte eine Art Steuerkompromiß, selbstverständlich nicht jedes beliebige Kompromiß, sondern ein solches, durch das bei der unvermeidlichen Steuervermehrung die Arbeiter vor einer empfindlichen Verschlechterung